



# „Frisches“ Geld für die Thüringer Kommunen

**Rot-rot-grüne Koalition im Landtag beschließt Kommunalfinanzübergangsgesetz 2015**

**Mit den Stimmen der rot-rot-grünen Koalition hat der Thüringer Landtag in seiner Sitzung am 30. April das Kommunalfinanzübergangsgesetz 2015 beschlossen. Mit diesem Gesetz erhalten die Thüringer Kommunen zusätzliche 102,4 Millionen Euro „frisches“ Geld aus Landesmitteln.**

„Die Botschaft, welche mit der heutigen Beschlussfassung von diesem Hause ausgeht, heißt: Diese rot-rot-grüne Koalition nimmt Anhörungsverfahren ernst, hört zu und bewegt sich dann auch“, sagte Ralf Kalich, Sprecher für Kommunal финанzen der Fraktion DIE LINKE, zu Beginn der abschließenden Diskussion im Landtag.

### 102,4 Millionen Euro kommen aus Landesmitteln

Mit dem jetzt gefundenen Kompromiss erhalten die Thüringer Städte und Gemeinden im Jahr 2015 zur Verbesserung ihrer Finanzausstattung zu den bisher zugesagten Geldern weitere 24,4 Millionen Euro aus Landesmitteln.

So können die Kommunen in diesem Jahr mit 102,4 Millionen Euro „frischem“ Geld aus Landesmitteln rechnen. In Auswertung der schriftlichen und mündlichen Anhörung der kommunalen Spitzenverbände zum Kommunalfinanzübergangsgesetz 2015 habe sich die Koalition zu diesem Schritt entschieden. Die Koalitionsfraktionen seien sich einig gewesen, insbesondere

Investitionen zu fördern, weshalb die zugesagten Investitionspauschalen für Städte und Gemeinden und die Schulträgerkommunen noch etwas aufgestockt wurden.

Gleichzeitig wird deren Verwendung aber flexibler gestaltet, damit auch klamme Gemeinden das Geld nutzen können. Auch das war eine wesentliche Forderung aus dem Anhörungsverfahren.

### Sechs Millionen Euro mehr für Schulinvestitionspauschale

Die zusätzlichen Hilfen des Landes sind durch Entnahmen aus der Rücklage und durch Steuermehreinnahmen des Landes solide finanziert. Die Kommunen können mit der Änderung auch zusätzliche Mittel für ihren Verwaltungshaushalt bekommen.

### Die zentralen Eckpunkte der erfolgten Ergänzungen des kommunalen Finanzpakets der rot-rot-grünen Koalition bestehen in folgenden Punkten:

Die Gesamtmittel, die für die zusätzliche Investitionspauschale für die Städte und Gemeinden vom Land zur Verfügung gestellt werden, sollen von 30 Millionen Euro auf 40 Millionen Euro ansteigen.

Damit erhöht sich die je Einwohner zu zahlende Investitionspauschale von 13,88 Euro auf nunmehr 18,51 Euro. Zudem wird auf Anregung des Gemein-

de- und Städtebundes die Verwendung der Mittel flexibler gestaltet. Die geplante Schulinvestitionspauschale wird um sechs Millionen Euro auf 36 Millionen Euro angehoben. Von ihr profitieren insbesondere die Landkreise und die kreisfreien Städte.

### „Mit dieser Beschlussfassung hält diese Koalition Wort“

Im Jahr 2015 werden zu den von der schwarz-roten Koalition bereits zugesagten 30 Millionen Euro für ergänzende Bedarfszuweisungen für Haushaltsnotlagegemeinden 18 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Darüber hinaus wird das Land die hundertprozentige Kofinanzierung des Kommunalinvestitionsförderungsfonds des Bundes sicherstellen. Dafür werden ca. 8,4 Millionen Euro zur Verfügung gestellt.

In der Debatte stellte Uwe Höhn, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, in Richtung CDU die Frage: „Welche Alternativen haben sie eigentlich aufzuweisen?!“ Damit reagierte er auf die Tatsache, dass die CDU als größte Oppositionsfraktion keine Änderungsanträge im Zuge der Beratungen auf den Tisch gelegt hat.

„Mit der heutigen Beschlussfassung hält diese Koalition Wort und setzt die im Koalitionsvertrag zugesagten Dinge für das Übergangsjahr 2015 um“, betonte Ralf Kalich in seiner Rede abschließend.

Matthias Gärtner

## KOMMENTIERT:

von Sabine Berninger

### Flüchtlingsgipfel

*Mit dem ersten Thüringer Flüchtlingsgipfel am 23. April in Erfurt ist ein Anfang gemacht, die im Koalitionsvertrag formulierten Ansprüche an eine menschenrechtsorientierte, die Menschen annehmende Flüchtlings- und Integrationspolitik in praktisches Handeln umzusetzen.*

*Überwältigend waren das große Interesse und die Vielfalt der teilnehmenden Organisationen, Institutionen und engagierten Gruppen. Nun ist die Politik, sind wir als Koalition in der Verantwortung, den Faden aufzunehmen, die vielen in Thüringen vorhandenen Erfahrungen zu bündeln, aber auch die Anregungen aufzugreifen, die während der Konferenz sowohl von in der Flüchtlingsarbeit praktisch Agierenden als auch aus der Verwaltung und anderen Bereichen eingebracht wurden.*

*Dass hier meines Wissens erstmals ein so breites Spektrum an Akteurinnen und Akteuren aus den unterschiedlichsten Arbeitsgebieten und Themenbereichen miteinander beraten und voneinander erfahren haben und dabei die unterschiedlichsten Aspekte, die für eine tatsächlich moderne Flüchtlingspolitik eine Rolle spielen, beleuchtet wurden, ist eines der wichtigen Ergebnisse, an die wir anknüpfen können. Wichtig ist, diese ersten Ergebnisse des Flüchtlingsgipfels öffentlich zugänglich zu machen ebenso, wie die Arbeit in den Arbeitsgruppen unverzüglich fortzusetzen, diese auch für weitere Engagierte und Organisationen zu öffnen und den gesamten Prozess transparent zu gestalten.*

*Die durch Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung zum Abschluss des Gipfels gezogenen ersten Schlussfolgerungen aus der Diskussion halten wir für richtig als erste Zwischenergebnisse in dem nun gestarteten Prozess der Modernisierung der Thüringer Flüchtlingspolitik.*

*Dabei die ganz konkreten Erfahrungen und Lebenssituationen zu berücksichtigen, aber auch die Expertise der geflüchteten Menschen einzubeziehen, sie nicht als Objekte, sondern als in dem Prozess selbst auch handelnde Subjekte zu verstehen und agieren zu lassen, wie es eine der Teilnehmerinnen formulierte, ist eine der zentralen Forderungen des Gipfels.*

**Sabine Berninger ist Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik der Linksfraktion**

## AKTUELL

# Neonazi-Übergriffe schnell aufklären

**Katharina König und Steffen Dittes, Landtagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, forderten angesichts der eindrücklichen Berichte von gewalttätigen Übergriffen am 1. Mai in Saalfeld eine zügige und schnelle Aufklärung.**

Insbesondere verweisen die beiden Politiker auf den Offenen Brief des Soziologen und Rechtsextremismus-Experte der Uni Jena, Matthias Quent. „Wir nehmen unsere parlamentarische Verantwortung wahr und werden unsere Möglichkeiten nutzen und auf schnellstmögliche Aufklärung drängen. Dies schließt auch die Frage mit ein, wie trotz anderer Einsatzziele etwa 100 Neonazis auf brutalste Weise eine Gruppe junger Menschen angreifen und zum Teil schwer verletzen konnten.“

Die Neonazis sind unbegleitet von Polizei vom Bahnhof in Richtung Stadtzentrum gegangen, obwohl im Stadtzentrum eine Vielzahl von Versammlungen gegen Neonazismus stattfand. In der Saalstrasse, unweit einer Kundgebung der GRÜNEN, schlugen sie gemeinschaftlich mehrere Menschen zusammen.

Mehrere wurden verletzt, zwei Verletzte mussten noch ins Krankenhaus, einer befand sich immer noch u.a. aufgrund einer Gehirnerschütterung und Unterleibsverletzungen in stationärer Behandlung. Laut dem Augenzeugenbericht wurden die Täter im Nachgang durch die Polizei zur Versammlung der neonazistischen Partei „III. Weg“ geleitet.

„Es wird auch zu fragen sein, welche versammlungsrechtlichen Anordnun-

gen und strafrechtlichen Maßnahmen vor Ort erfolgten. Für uns ist offenkundig, dass durch Versammlungsbehörde und Einsatzleitung gravierende Fehler begangen wurden, die in der Konsequenz Menschen gefährdeten. Es muss ausgeschlossen werden, dass sich Gleichartiges wiederholt“, betonten die beiden Abgeordneten. Katharina König und Steffen Dittes erklärten sich solidarisch mit den Betroffenen.

Es werde gegen mehrere rechtsgerichtete Personen nach Übergriffen in Saalfeld ermittelt, sagte Innenminister Holger Poppenhäger (SPD) am 4. Mai in Erfurt. Außerdem werde gegen einen 31-Jährigen wegen des Verdachts des schweren Landfriedensbruchs ermittelt, der in Saalfeld zur Gewalt aufgewiegelt haben soll.